

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und geleseste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmärkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Belegpreis: Jeder Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 5.—, bei Zustellung ins Haus monatlich 5.50, durch den Postbezogen vierteljährlich 15.— ohne Zustellungsgebühr. Bei Postanfragen Postboten, sowie Zeitungsanstrenger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheckkonto: Amt Dresden Nr. 1521. — Gemeindefordernisse: Bischofswerdaer Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Natur des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalt hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 1.40 Mk., 8-spaltige 1.25 Mk., 10-spaltige 1.10 Mk., 12-spaltige 1.00 Mk., die 3-spaltige Zeile bei Wiederholungen nachfolgend nachstehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3-spaltige Zeile 2.40 Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erklärungsart Bischofswerda.

Nr. 295

Sonntag, den 18. Dezember 1921.

76. Jahrgang

Die weltpolitischen Probleme und Deutschlands Schicksal.

Von Dr. Ernst Paul Frankl.

Wir sind zum Objekt der Politik geworden, und die Absicht unserer Feinde, uns in diesem Zustand zu erhalten, ist nur zu offenbar. Um so mehr wird es an uns liegen müssen, alles zu versuchen, uns in weltpolitischer Beziehung wieder eine andere Stellung zu erwerben, und wir werden das nur vermögen, wenn wir den energischen Willen dazu mit klarer Erkenntnis der auf Lösung harrenden großen weltpolitischen Fragen unterfüttern. Mögen wir in unserem politischen Willen und Willen durch das verfallene Diktat und dessen Folgen noch so sehr eingeengt sein, wir dürfen den freien Willen in der großen weltpolitischen Zusammenhänge nicht verlieren, wenn anders wir überhaupt uns auf die Zukunft einstellen und von ihr Besserung für uns erwarten wollen.

Zwei große Fragen sind es, welche die gegenwärtige weltpolitische Lage kennzeichnen, und deren Lösung in der nächsten Zukunft in irgendeiner Weise zu erfolgen hat. Es ist das einmal das mitteleuropäisch-russische Problem und zweitens das des fernsten Ostens. Das mitteleuropäisch-russische Problem wird dadurch charakterisiert, daß Deutschland und Rußland als Faktoren von politischer Bedeutung ausgeschieden sind, und daß andererseits es Frankreich gelungen ist, auf dem europäischen Kontinent sich die führende Stellung zu erobern.

Frankreich hat seine Machtstellung in einer Weise ausgebaut, die es fast unangreifbar macht. Es verfügt einmal über das stärkste Heer. Es hat weiter durch seine geschickte Bündnispolitik die kleineren Staaten des europäischen Ostens und Südostens an sich gezogen und so seinen Zweck dienlich gemacht. Sollen die Polen, Tschechen, Ungarn ein Wiederaufkommen Deutschlands verhüten helfen, so haben die Jugoslawen, Serben und die anderen Balkanvölker, die Frankreich eifrig fördert, die Aufgabe erhalten, Italien zu überwachen. Denn auch diese Mittelmeer-Macht soll nur als Sprungbrett für die weitaussehenden französischen Pläne bleiben, auch Rom soll seine Direktiven weiterhin aus Paris empfangen. Drittens schließlich hat Frankreich sich auch die nötigen wirtschaftlichen Sicherungen zu schaffen gewußt. Durch die Hinquerwerbungen Lothringens, durch die Besetzung des Saargebietes, durch die Aufspaltung der wertvollsten Teile Oberschlesiens an die Polen hat es jetzt die bedeutendsten Eisen- und Kohlenbergwerke Mittel- und Westeuropas in der Hand und kann darüber entweder selber oder mit Hilfe seiner Vasallenstaaten verfügen.

Fragen wir uns nun nach der Lösung dieses mitteleuropäisch-russischen Problems und unserem damit eng verbundenen Schicksal, so werden wir zunächst den russischen Faktor auszuschließen haben, da sich mit ihm irgendwelche Berechnungen vorläufig gar nicht anstellen lassen. Er kann für uns höchstens von größter Wichtigkeit werden, wenn wichtige und geordnete Staatsverhältnisse in Rußland wiederkehren. Denn dann braucht dieses Riesengebiet unsere Hilfe, es bedarf der Anlehnung an uns, und wir können mit ihm dem französischen Machtwillen ein energisches Halt entgegenrufen. Aber wann dieser Augenblick kommen wird, weiß vorläufig noch niemand. So bleiben nur zwei andere Faktoren. Der eine sind wir selbst. Gelingt es uns, allen französischen Willkür und Bedrohungen in Süddeutschland und im Rheinland zum Trotz, den nationalen Bestand unseres Reiches zu retten, in engerer Fühlungnahme mit den uns gewaltsam entrissenen deutschen Provinzen und deutschen Gebieten zu bleiben, gelingt es uns, das Band der nationalen Zusammengehörigkeit nach allen Seiten hin fest zu knüpfen, dann fehlt für die französische Machtstellung und ihre Sicherung in der nächsten Zukunft eine ganz wesentliche Voraussetzung. Der zweite Faktor ist das Angelsächsentum, und zwar vor allem England. Es wird darauf ankommen, wie weit es im englischen Interesse liegt, uns wieder aufzuhelfen, und wie weit es im englischen Interesse vereinbar sein wird, der französischen Kontinentalhegemonie, über die man in London sicher nicht erfreut ist, zu steuern. Die englische Geschichte lehrt uns, daß wir wohl dazu berechtigt sind, in dieser Richtung gewisse Hoffnungen zu hegen, doch wird es immer gut sein, sie nicht zu überspannen. Denn England ist Frankreich gegenüber nicht frei genug, es ist nicht nur am mitteleuropäisch-russischen, sondern auch am fernöstlichen Problem in starker Weise interessiert.

Das Problem des fernsten Ostens, das sowohl in bezug auf China wie auch den Stillen Ozean einer Lösung harret, wird durch die Machtstellung Japans deutlich gekennzeichnet.

die im gesamten Angelsächsentum als eine Gefahr empfunden wird. Doch wird die Lösung ganz wesentlich davon abhängen, ob das Angelsächsentum wirklich gegen Japan zusammenhält, oder ob London und Washington schließlich doch noch verschiedene Wege gehen. Siegt in der britischen Reichspolitik die antijapanische Stimmung der Dominien, dann wird Japan einem geschlossenen Angelsächsentum gegenüberstehen; siegt aber die Politik des Mutterlandes, dann wird Japans Macht weiterbestehen, wenn auch, wie es die Washingtoner Verhandlungen erkennen lassen, in geringem Ausmaß. Denn den Londoner Staatsmännern liegt daran, durch ein einigermaßen starkes Japan den amerikanischen Konkurrenten in Schach zu halten und ihn immer zu einer Leistung seiner gewaltigen Kriegsmacht zu zwingen.

Für uns Deutsche muß das letztere als wünschenswert erscheinen. Denn schließen sich Amerika und England gegen Japan fest zusammen, dann besteht die Gefahr, daß das fernöstliche Problem und seine Lösung ganz in den Vordergrund der Weltpolitik treten und England so beschäftigen, daß es für Deutschland ein Interesse nicht mehr aufbringen kann. Dann hätte Frankreich erst recht freie Bahn. Wie für England, so liegt auch für uns in der Erhaltung des Schwabestandes im fernsten Osten vorläufig die bessere Aussicht. Dazu kommt, daß Japan auch für uns immer ein wertvoller Faktor bleiben wird; er ist es in wirtschaftlicher Beziehung schon jetzt; wir könnten seine Hilfe in dieser Beziehung im fernsten Osten schon gegenwärtig nicht entbehren.

Was die Zukunft uns bringen wird, wissen wir nicht, aber eins ist sicher, daß wir uns selbst nicht aufgeben und Berlin nicht so ohne weiteres zu einem zweiten Peking werden lassen dürfen. Schwierigkeiten und Konfliktstoff sind unter unseren Feinden reichlicher denn je vorhanden, und es muß Aufgabe der deutschen Politik sein, hier die Möglichkeiten auszunutzen zu machen, Deutschland aus einem Objekt zu einem Subjekt in der Weltpolitik zu machen. Fehlschläge werden nicht ausbleiben, Hoffnungen werden zur Genüge enttäuscht werden, aber das ist kein Grund, die Dinge geben und den Mut sinken zu lassen. Vor allem aber werden wir uns selbst nicht immer nur als ein Objekt in der Weltpolitik zu betrachten haben, und in der Welt so den Glauben erwecken, als ob wir mit einem solchen Zustand zufrieden seien. Zeigen wir auch bei den kleinsten Gelegenheiten und Möglichkeiten, daß in uns der Wunsch und der Wille immer noch lebendig sind, die Gestaltung unseres Schicksals selbst in die Hand zu nehmen. Lassen wir uns nicht immer gleich von Strafandrohungen der Feinde ins Borhorn jagen, denn schlimmer können es die Feinde nicht treiben, als wie sie es auch sonst getan haben und noch tun.

Englische Pläne zur Reparationsfrage.

Durch die deutsche Erklärung, daß es uns unmöglich ist, unter den obwaltenden Wiedergutmachungsverpflichtungen Kredite zu erhalten und wir um Stundung unserer nächsten Zahlungen bitten müssen, ist der Schwerpunkt in der Behandlung der Reparationsfrage wieder ganz in die Verhandlungen gelegt, die zwischen London und Paris einsehen werden. In London hat man — das wird immer deutlicher — schon ganz bestimmte Richtlinien, nach denen das Zahlungsverfahren abgeändert werden soll. Die Hauptpunkte sind: Herabsetzung der Entschädigungspflicht, Bevorzugung der für den Wiederaufbau geschuldeten Summen, Regelung der interalliierten Schulden. Die Haupt Schwierigkeit aber bleibt, wie man Frankreich zu der Änderung seines außenpolitischen Kurzes, der mit der Annahme eines von Deutschland wirklich zu erfüllenden Schuldenplanes verbunden wäre, bewegen kann. Aus den Kommentaren, die die französische Presse heute zum deutschen Stundungsversuch gibt, ist nicht viel zu entnehmen. Es muß aber als verächtlich gelten, daß das „Echo de Paris“ gestern Zwangsmaßnahmen forderte und daß derjenige Teil der englischen Presse, der dem französischen Interesse dient, die öffentliche Meinung heute mit dem Schlagwort vom betrügerischen Vortritt Deutschlands behandelt. In den englischen Regierungskreisen scheint man trotz aller entgegenstehenden Erfahrungen hoffnungsvoll zu sein, daß es diesmal gelingen wird, Frankreich zur Einsicht zu bringen und als einer der Wege, auf dem dies geschehen könnte, und der die besondere Zuneigung Lloyd Georges hat, ist der einer europäischen Konferenz anzuführen.

Der Vordanzler Lord Birkenhead erklärte in einer Rede über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas: Es sei vielleicht sehr gut, den Feind für den angerichteten Schaden zahlen zu lassen, aber es sei nicht vorteilhaft, wenn

dabei das eigene Volk selbst ausgehungert werde. Man muß, sagte der Vordanzler weiter, zu einer Vereinbarung mit Frankreich und mit Deutschland kommen, müssen auch zu einer Vereinbarung mit Rußland gelangen. Deutschland können freilich die Reparationen, die es den Alliierten schuldet, nur unter gewissen Bedingungen erlassen werden. Die Alliierten könnten beispielsweise nicht ohne Bedenken die unbegrenzte Ausgabe neuen Papiergeldes in Deutschland mit ansehen, aber diese Frage könnte nur geregelt werden durch ein Übereinkommen zwischen Frankreich und England. Die Zeit für eine solche Vereinbarung sei gekommen. Der europäische Handel und die europäische Industrie müßten endlich wiederhergestellt werden.

Bei dem Empfang einer englischen Arbeiter-Deputation unter Führung des Abgeordneten Clones erklärte Lloyd George: Die Frage der Arbeitslosigkeit hat mich am meisten beschäftigt. Ich will Ihnen sagen, daß aus meiner Einladung Briand in der nächsten Woche nach London kommen soll, um mit mir die Wirtschaftslage zu prüfen. Was Deutschland anbelangt, so erklärte mir Rathenau, daß ein vollständiger Zusammenbruch seines Landes bevorstehe, wenn nicht in der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine Änderung eintrete. Die Frage, die sich ergibt, ist, wie man von Deutschland eine Entschädigung für die zerstörten Gebiete, die zerstörten Handelschiffe und die Kriegsanleihen erhalten kann. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Nichtzahlung der Reparationszahlungen Frankreich einen ersten Schritt brächte. Ich bin bereit, auf einer Konferenz mit jedermann diese Probleme zu erörtern. Meiner Ansicht nach wäre jedoch die Annulierung der auswärtigen Schulden durch eine Wache allein wenig wirksam.

Der Reichskanzler vor dem Hauptanschuh.

Berlin, 16. Dezember. (W. L. B.) Im Hauptanschuh und im auswärtigen Ausschusse des Reichstages machte heute der Reichskanzler Dr. Brüning eingehende Mitteilungen über die neue politische Lage, die durch Abänderung der deutschen Note vom 14. d. M. an den Präsidenten der Reparationskommission entstanden sei. Der Reichskanzler verwies auf die Bemühungen, die von der deutschen Regierung im Verlaufe des Sommers unternommen wurden, um den Reparationszahlungen nachzukommen. Das Erfüllenswollen bedeute noch nicht das Erfüllenskönnen. Infolge der bisherigen restlosen Erfüllung kam ja die deutsche Mark. Aber es traten auch noch andere weltwirtschaftliche Folgen ein, die allen Völkern der Erde nahegekommen seien. Die Verpflichtungen im Januar und Februar könne Deutschland nur zum Teil abdecken. Nur auf dem Wege des Kredits könnten diese Verpflichtungen restlos erfüllt werden. Der Reichskanzler erinnerte an sein an die Reparationskommission gerichtetes Schreiben vom 19. November. Die kompetentesten Stellen der englischen Hochfinanz haben erklärt, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, die zur Zeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, weder langfristige noch kurzfristige Anleihen in England zu erlangen seien. Damit sei zum Ausdruck gebracht, daß nicht mehr die Kreditfrage allein im Vordergrund stehe, sondern daß das Kreditbegehren der deutschen Regierung von Reparationsproblemen als solches erneut aufgeworfen habe. Die Sinnlosigkeit einer Kreditgewährung unter den bisherigen Reparationsbedingungen sei nun von der Gegenseite selbst zum Ausdruck gebracht worden. Trotzdem warne er vor übermäßigem Optimismus. Deutschland müsse der Erkenntnis, die draußen in der Welt gewachsen sei, und die manchen politischen Rebel zerstreue, entgegenkommen dadurch, daß es unbeirrt weiter das zu erfüllen versuche, was es erfüllen könne. Folgende Maßnahmen müssen alsbald zum Abschluß kommen:

- 1) Die Staatsmüssen möglichst rasch verabschiedet werden.
 - 2) Der Postetat und der Eisenbahnetat müssen unbedingt zur Balance gebracht werden.
- Deutschland müsse der Welt zeigen, daß es entschlossen ist, seine eigenen inneren Verhältnisse auf solide finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Aktive Arbeit zur inneren Gesundung sei nötig. Den Entscheidungen der alliierten Staatsmänner wolle der Reichskanzler nicht vorgreifen. Der die Scheindarlehen Deutschlands, die lediglich auf dem politischen Aufblühen infolge seiner niedrigen Zinsen beruhe, sei ebensowenig Hysterie zu betrachten, wie die An-